

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Erschließungspreis: vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
Eingetragen in die Postzustellungsliste

Verleger u. verantw. Redakteur: Fr. Kries, Berlin-Nikolaenbergr
Redaktion und Expedition: Berlin O. T., Schilderstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin S.W. 65

Inserationspreis:
Geschäftsanzeigen kosten die sechsgehaltene Kolonnenzeile 10 Pfennig.
Schluß für Inserate: Montag früh 3 Uhr.

Sonntag, 14. September: Wahl der Mitglieder des Verbandsbeirates.

Das Werden der gewerkschaftlichen Organisation.

Aus den einstigen bescheidenen Gewerkschaftsorganisationen, die meist nur in den größeren Städten und bestimmten Industriegebieten feste Wurzel gefaßt hatten, sind heute mächtige Berufs- und Wirtschaftsverbände geworden, die in ihrer jetzigen Form fast nicht mehr an die lokalen Anfänge erinnern. Der heute frischgebildete junge Gewerkschaftler hat kaum eine Ahnung, schreibt die „Münchener Post“, unter welcher großen Opfern und Mühen seine Organisation zur heutigen Macht emporgeführt werden mußte, welche großen Fundus an Ausdauer und Idealismus notwendig war, Werkstatte um Werkstatte, Fabrik um Fabrik und Ort um Ort für den Sinn des gewerkschaftlichen Befreiungskampfes zu erobern. Wie viele freie Sonntage und Abende mußten für die Agitation verwendet, wie viele Streiks fast nur mit Hilfe der Solidarität anderer Berufsleute, oder gar mit ganz ärmlichen Geldmitteln geführt werden.

Die Gewerkschaften waren als Erben der zünftigen Zusammengehörigkeit die Schöpfer und Träger einer ganz neuen Solidaritätsform. Sie erlösten den Berufskollegen von der walzenden Bettlerromantik des Zunftweiwens und schufen den neuen Typ des mit der Heiligung unterstützung seines Verbandes wandernden Gewerkschaftlers, der nicht mehr auf die milde Hand des Publikums angewiesen war. Freilich, wie hatte auch die Industrie das soziale Leben und Denken umgestaltet. Mit dieser gewaltigen Industrie mußte auch die Macht der Berufsgewerkschaften wachsen. Die lokal verzweigten, auf kollegialer Verwaltung beruhenden Organisationen wuchsen sich zu großen wirtschaftlichen Faktoren aus, die in der Verwaltung vom Beruf losgelöste Männer brauchten, um die geschäftstechnischen und sozialwirtschaftlichen Aufgaben zu lösen, die die Zeit forderte. Es entstand ein neuer Berufstypus: der Gewerkschaftsbeamte.

In seinem vor einiger Zeit erschienenen Buche „Die Arbeiterbewegung“ hat Paul Kampffmeyer mit der ihm eigenen Geschichts- und Sachkenntnis in dem Kapitel: Die Gewerkschaftsbewegung, das Werden der gewerkschaftlichen Organisation von der Zunft bis zum heutigen großen Wirtschaftsverband in knappen Strichen anschaulich gezeichnet. Er gedenkt darin der wertvollen Aufklärungsarbeit, die im sozialen und zusammenfassenden Sinne die weitverbreitete deutsche Gewerkschaftspressung geleistet hat, und gibt uns ein Bild der kompliziert gewordenen, heute vielfach als bürokratisch verfahrenen Gewerkschaft, die bestrebt ist, den Gedanken der Demokratie, der sie ihren Zusammenhalt verdankt, soviel als möglich wirksam zu erhalten.

Kampffmeyer gedenkt dabei des von den Gewerkschaften geübten Vertrauensmännerystems und schreibt:

„Mit der Ausweitung des Gewerkschaftsvereins zu einem nationalen Verbände, ja zu einem Industrieverbande, ging die Autonomie der organisierten Sozialgruppen von selbst aus den Fugen. An die Stelle der selbstherrlichen gewerkschaftlichen Massenversammlungen des Ortes trat die Repräsentativversammlung des ganzen Landes, an die Stelle der Lokalbehörde die Zentralbehörde, an die Stelle eines ehrenamtlichen und nur zeitweilig funktionierenden Beamtentums ein festbesoldetes Berufsbeamtentum.

Mit dem Wachstum der Gewerkschaften und der Erweiterung ihrer Funktionen verbreitete sich notwendig die Grundlage für die Tätigkeit eines sachverständigen besoldeten und unbezoldeten Beamtentums. Wie vielseitig und schwierig werden schon die Aufgaben eines Werkstattevertrauensmanns der Gewerkschaften?

Mit dem Siegeszuge des kollektiven Arbeitsvertrags häufen sich in der Werkstatte die Streitfragen über die Anwendung und Auslegung des Tarifvertrags. In der ge-

schickten sachverständigen Lösung dieser Fragen hat sich der Vertrauensmann als brauchbares Vertretungsorgan seiner engeren Betriebskameraden und seiner Gewerkschaft zu erweisen. In ihm muß ein tüchtiger Kassierer und Agitator, ein exakter Beobachter des Betriebes und ein gewissenhafter Erforscher der Fabrikumstände stecken. Kurz, nur der bestfahige Arbeiter kann die umfangreichen Funktionen eines Werkstattevertrauensmanns erfüllen. Neben den unteren Posten dieser Vertrauensmänner erheben aber neue Beamtentypen, die ein großes Maß volkswirtschaftlicher und technischer Kenntnisse erfordern.“

Kampffmeyer glaubt, daß die tätige Mitwirkung aller Verbandsmitglieder an der Gewerkschaftsleitung ein unerreichbares Ideal bleiben wird und daß nach wie vor energische, intelligente, aus der Bewegung hervorgehende Persönlichkeiten die gewerkschaftliche Politik beeinflussen werden. Aber im Ausbau des Vertrauensmännerinstitutes steckt ja ein Stück Demokratie, das jeden Absolutismus hintanzubehalten vermag, und wer wollte den Weg von der Zentralisation zurücksuchen? Mit Recht schreibt Kampffmeyer:

„Die deutschen Gewerkschaften haben durchweg die lokale Form der Gewerkschaften überwunden und das zentralistische Organisationsprinzip folgerichtig durchgeführt. Die Vorteile dieses Prinzips sprechen sich vor allem aus: in der Einheit der Aktion, in der Erzielung möglichst großer Wirkungen bei der Verwendung finanzieller Hilfsmittel der Gesamtorganisation, in der Schulung der Arbeiter zu wachsender, durch lokale und berufliche Besonderheiten nicht beschränkter Klassenolidarität, in der leichten Eroberung rückständiger Landesteile durch die Organisation.

Indem die Gewerkschaft den engen Rahmen lokaler und provinzieller Berufsgruppen sprengt, wächst sie sich zu einem ordnenden Faktor der sozialen Verhältnisse eines ganzen nationalen Industriezweiges aus. Und diese Bedeutung der Gewerkschaft geht sogar weit über die Gegenwart hinaus, sie streift hier schon die soziale Zukunftsentwicklung. Im Keime stellt die zentralistische Gewerkschaft oder noch besser der gewerkschaftliche Industrieverband eine Art demokratisch genossenschaftlicher Regelung der Arbeits- und Lebensbedingungen einer großen nationalen Arbeitsbranche dar.“

Der demokratisch-genossenschaftliche Charakter der Gewerkschaftsbewegung muß erhalten bleiben. Mehr als bisher gilt es aber auch, den Gewerkschaftsführer zu erhalten — oder wieder zu schaffen — durch Entlastung von der mechanischen Bureauarbeit, die von Bureaubeamten ausgefüllt werden kann. Der Gewerkschaftsführer muß der in lebendiger Fühlung mit Beruf und Leben wirkende Sozialpolitiker großen Stils werden.

Die Zukunft der Brauerei.

Der Artikel in Nr. 31 der Verbandszeitung von Ludwig Schuster wirft die Frage auf: sozialisieren, kapitalisieren oder zurück zum Kleinbetrieb, und greift besonders in seiner Betrachtung das Braugewerbe heraus. Er kommt dann zum Resultat, daß die heutige Situation, die heutigen Geschäftsverhältnisse sehr ungünstig für eine Sozialisierung sind, ja daß es überhaupt unmöglich ist, daß wir sozialisieren können, und erblickt das Heil des Braugewerbes in der Rückkehr zum Kleinbetrieb. Ich glaube, die Kollegenchaft in ihrer großen Mehrheit ist anderer Ansicht, und nicht allein bei den Arbeitern, auch bei den Angestellten wird diese Frage in den Versammlungen und in privater Unterhaltung diskutiert werden. Lassen wir Ludwig Schuster reden: „Jeder ist sich selbst der Nächste.“ Will man mit einem solchen Volke sozialisieren? Ja wer ist schuld daran, daß das Volk zu diesem Grundsatze erzogen worden ist; doch nicht etwa diejenigen, welche den sozialistischen Gedanken propagiert haben, sondern durch die Jahrtausende kapitalistische Wirtschaftsordnung. Denn wo ist der Staat, welcher für seine Glieder gesorgt hat?, außer im Tribut bezahlen, im Fiskus und vor seinen Potentaten und Herrschern. Am übrigen mußte jeder für sich und seine Familie selbst sorgen. Daß wir uns durch die Sozialisierung aus der heutigen Lage nicht hochwirtschaftlicher können, ist bis jetzt noch in keinem einzigen Falle bewiesen, denn der Vergleich der Vergesellschaftung der Brauereibetriebe eines kleinen kapitalistischen Interessentenkreises mit der Sozialisierung ist nicht stichhaltig. Die Kapitalisierung der Betriebe würde zwar die Industrie und die Güte des Produkts wieder in

die Höhe bringen, aber nur bis zu einer gewissen Höhe, denn sobald die Kleinbetriebe und damit die Konkurrenz beseitigt wären, würde die Zeit für das Großkapital gekommen sein, nicht allein, daß durch die Ausnutzung maschineller Einrichtungen die Arbeitskraft überflüssig würde und somit Arbeiterentlassungen an der Tagesordnung wären, denn beschäftigt würden sicher nicht mehr werden als wie durch Zwang es sein müßte; auch sobald die Konkurrenz beseitigt wäre, würde das Produkt und die Güte desselben leiden, denn das Wesen und Trachten des Kapitals ist: Verdienst ohne Rücksicht auf die übrigen Volksgenossen. Die Anregung: zurück zum Kleinbetrieb, ist meines Erachtens gar nicht diskutabel. Doch einiges: Die allerwenigsten Brauereiarbeiter werden Schnurstrich haben nach jener Zeit zurückzukehren, wo es betriebs Arbeitszeit keinen Anfang und kein Ende gab, oder wird es vielleicht einen geistig fortgeschrittenen Menschen geben, welcher es als einen Segen betrachtet, wenn wir von drahtloser Telegraphie und Telefonie, vom Flugzeug zurück zur Postkurie von „anno domini“ kämen, abgesehen vom Mehrverbrauch der Rohprodukte, welche in einem kleinen Betriebe niemals so ausgenutzt werden können, als wie in einem Großbetrieb es der Fall ist. Es müßten bei Vermehrung oder bei der jetzigen Zahl der Kleinbetriebe bankeiche Veränderungen vorgenommen werden, welche beim massiven Bau der Brauereien viel Baumaterial verschlingen würden, an welchem heute ein großer Mangel herrscht. Ich denke dieses Material, welches für Renovierung und Neubau der kleinen Brauereien verwendet wird, würde besser angelegt zu Wohnungsbauten, denn eine Wohnungsnot wird es im ganzen Reich geben.

Nun zum heutigen Sozialisierungsgedanken: Die Arbeiterchaft hat sicher, wie schon angedeutet, keine Lust, sich wieder zurückwerfen zu lassen in jene Zeit, wo sie vollständig entrechtet war. Das traf beim Kleinbetrieb wie beim Großbetrieb zu. Wenn beim Kleinbetrieb noch die Möglichkeit bestand, sich eine selbständige Existenz zu gründen, so ist dieses beim Großbetrieb so gut wie vollständig ausgeschlossen. Die Folge ist, daß das Großkapital nur einige wenige Menschen in Händen haben, während die große Masse der Volksgenossen für diese wenigen arbeiten müssen, um ihr Hungerdasein fristen zu können. Der Sozialismus will dieses beseitigen, er will nicht, daß Millionen darben, während nur wenige ein Feudendasein führen, er will die Menschheit auf eine höhere Stufe der Kultur bringen und die Masse an den Gütern der Nation teilnehmen lassen; wir wollen nicht jene, welche die leistungsfähige Macht in Händen gehabt haben, vollständig entrichten und in die tiefste Stufe des Elends stoßen, sie sollen mitarbeiten und mitraten, wir wollen Mensch zum Menschen sein und nicht Herr zum Sklaven, wir wollen nicht, daß einige wenige herrschen, nicht von oben aber auch nicht von unten. Alle sollen von allen und durch alle beherrscht werden.

Nun zurück zum Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Es ist nicht möglich, daß dieses in einer Nacht geregelt werden kann, es muß dieses von Stufe zu Stufe gehen; eine Stufe bei diesem Aufstieg sind die im Gesetz vorgesehene Betriebsräte, hier ist es die Pflicht der Kollegen, im Verein mit den Betriebsleitern etwas Erprobendes für die Allgemeinheit und für das Braugewerbe zu leisten. Fragen werden aufgeworfen werden, welche für den einzelnen neu sind und nur im Verein mit der Organisation geregelt werden können. Innere Betriebsfragen; die Rohstoffe, die Verwertung und Ausnutzung, die Bedienung und Abgrenzung des Abnehmergebietes müßte mit der Zeit geregelt werden, denn die heutige Art und Weise, wie sich dieses noch vollzieht, würde sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten lassen, denn was wird heute noch durch dieses alte System an Materialien verbraucht, wie wird das Bier von einer Stadt in die andere, von einem Ende der Stadt an das andere und wieder zurücktransportiert, überall Werte verbraucht, wo gespart werden könnte. Der einzelne kann solche Fragen, wie schon angedeutet, nicht lösen, nur im Zusammenschluß der Organisation wird Nützliches geleistet werden können. Der einzelne wird wenig Einfluß auf Gesetzgebung und verschiedenes anderes haben, was die Masse betrifft, dem wird Geltung verschafft werden. Also in allem, nicht zurück in die Zeit der Kleinwirtschaft, nicht festklammern am Großkapital, sondern zielbewußt, nicht überstürzt, durch Demokratie dem Sozialismus entgegen, das wird die Zukunft des Braugewerbes sein. Auf alles im Artikel von Ludwig Schuster näher eingegangen, würde zu weit führen, denn eine jede Frage würde einen Artikel für sich beanspruchen.

Fr. Stumpner, Darmstadt.

*) P. Kampffmeyer, Die Arbeiterbewegung. Verlag Ullstein u. Co., Berlin. Ein Buch, das wir unseren Lesern sehr zum Studium empfehlen.

Die Abstempelung der Banknoten.

Von Dr. Oskar Stillig.

L.

Mit der Abstempelung der Noten und der anderen papierernen Zahlungsmittel lassen sich vier Zwecke verfolgen: 1. Das nach dem Ausland geflohenen Kapital zu erfassen und zu bestrafen; 2. das im Inlande verborgene Kapital ans Licht zu ziehen; 3. Steuerhinterziehungen in barem Gelde unmöglich zu machen; 4. durch die mit der Abstempelung zu verbindende Kontingentierung den Ueberfluß an Zahlungsmitteln zu beseitigen. Alle diese Zwecke sind berechtigt. Milliarden von Vermögenswerten hat man während des Krieges, und namentlich seit der Revolution in den neutralen Ländern in Sicherheit zu bringen versucht. Zwar war die Ausfuhr von Zahlungsmitteln durch Private verboten, aber auf illegitimen Selbstwegen wurde dieses Verbot umgangen und ein Ueberfluß an Zahlungsmitteln, wie er in der Geschichte noch nicht dagewesen ist, werden nun diese Zahlungsmittel zum Zwecke der Abstempelung in der Heimat aufgerufen, dann kommen die Besitzer in eine sehr unangenehme Lage. Entweder lassen sie ihr Geld nicht abstempeln und dann wird es wertlos. Dieser Fall scheint auf den ersten Blick ausgeschlossen. Denn niemanden kann man im ersten Momente für so unklug halten, seinen Notenbesitz nicht anzumelden. Oder die Besitzer präsentieren ihn zum Zwecke der Abstempelung und dann werden sie bestraft, wenn sie ihn dem Zugriff der Steuerbehörde entzogen haben. Zwar nicht auf Grund des neuen, die Abstempelung betreffenden Gesetzes. Denn dieses will nur Zuwiderhandlungen mit Geldstrafe bis zu 100.000 Mk. und mit Gefängnis bis zu 2 Jahren ahnden, sondern auf Grund der früheren Bestimmungen über die Kapitalflucht. Selbstverständlich hat in der „Kreuzzeitung“ die Sache so dargestellt, als ob die jetzt im Auslande umlaufenden deutschen Noten lediglich das Ergebnis legitimer Geschäftsbetätigung und ein Ausgleichsprodukt unserer passiven Handelsbilanz seien. Die Empfänger hätten das Papiergeld in der Hoffnung auf eine Kursbesserung nach Friedensschluß behalten, und es dürften ihnen jetzt keine Unannehmlichkeiten bereitet werden. Er übersieht ganz, daß unheimliche Mengen von Papiergeld, die sich heute im Auslande befinden, mit geistlichen Ausgleichszahlungen überhaupt nichts zu tun haben.

Was werden nun die Besitzer dieser Noten machen? Es ist wahrscheinlich, daß sie das kleinere der beiden Übel wählen, also die Noten zur Abstempelung einreichen und in zahlreichen Fällen wegen Hinterziehung bestraft werden. In welcher Weise hier Schiedungen vorgebeugt werden kann, ist vorläufig noch ungewiß. Denn die im Auslande befindlichen oder auch nicht befindlichen Besitzer der Noten werden versuchen, sie durch Auslandsreisen zur Abstempelung einreichen zu lassen. Alle diese Schiedungen würden natürlich wegfallen, wenn den Einreichern Straffreiheit zugesichert würde. Aber ob dies geschehen wird, ist fraglich, weil dann ein verheerender Effekt der Maßregel verloren ginge. Von den beiden Zwecken, das nach dem Auslande geflüchtete Kapital zu erfassen und zu bestrafen, wird daher — wegen der Schiedungen — nur der erstere völlig erreichbar sein.

Aber es gibt natürlich auch noch andere Wege. Der eine wird seit Bekanntmachung der Absicht des Reichsfinanzministers, zuerst durch eine Judikation, dann nach der öffentlichen Erklärung, in weitem Maße begangen. Die Besitzer deutscher Noten suchen sich derselben zu einem Spottpreis zu entledigen. Sie verkaufen sie in großen Massen gegen ausländische Zahlungsmittel. Die Folge ist, daß unsere Saluta im Auslande rapide sinkt. Der Kurs der Mark in Amsterdam ist bereits auf 11,60 Centis, das heißt auf einem Drittel ihres ursprünglichen Wertes (35 Centis) angelangt. In Zürich notierte der deutsche Markkurs am 22. August 26 Centimes, gegenüber einer Parität von 133 Franc. Auch hier war die Verflechtung in den letzten Tagen seit der Maximierung von der Notenabstempelung getrennt, wenn auch nicht allein, durch sie bedingt. So ist es auf allen ausländischen Märkten. Diese momentane Verflechtung der Saluta mag mit in Kauf genommen werden. Sie ist eine Uebergangsercheinung. Es ist jedoch, von der Notenabstempelung eine dauernde Schwächung der deutschen Währung herbeizuführen zu wollen. Denn diese wird gerade das Gegenteil zur Folge haben, sie wird nach ihrer Durchführung dem Auslande größeres Vertrauen zu unserem Gelde geben. In den Zeitungen wird es vielfach fälschlich so dargestellt, als ob die Abstempelung einen Mangel an Vertrauen bei den jetzigen Besitzern, den fremden Banken usw., hervorgerufen hätte. Das ist nicht der Fall. Nur das Gegenteil ist richtig. In Wahrheit hat die angekündigte Abstempelung der hinterzogenen Noten einen aus Furcht erzeugten bescheidenen Bedarf um jeden Preis hervorgerufen, der auf Grund des Gesetzes von Angebot und Nachfrage einen Preissteiger der deutschen Zahlungsmittel im Auslande zur Folge haben dürfte. Der Kredit des Reiches hat bei den Besitzern deutscher Noten nicht nur nicht gelitten, sondern sich im Gegenteil gehoben, weil die ausländischen Bank- und Finanzkreise wissen, daß mit der noch zu beabsichtigenden Folge der Abschüttung des Ueberflusses an Umlaufmitteln die Schwemme wieder in ein vernünftiges Verhältnis zu der in Deutschland vorhandenen Vermögenmenge treten muß und eine Entwürdigung der Notenpreise und damit wieder eine Besserung des Wertes der Zahlungsmittel die Folge sein wird. Da das ganze Salutaproblem mit dem Mißverhältnis zwischen Geld und Ware zusammenhängt und die Erbsengröße Finanzprobleme gerade den Ueberfluß an Zahlungsmitteln erfassen will, so wird durch die Abstempelung zunächst eine Reinigung des ausländischen Marktes einleiten und dann ohne Zweifel in letzter Linie eine Verbesserung der Saluta die Folge sein. Ebenso wie der heutige Schritt zur Vereinfachung eines Geschäftsworts zwar anfangs Schmerzen bereitet, aber doch der Gesundheit dienlich und auch die Erhaltung des deutschen Geldes im Auslande zwar für ihre Besitzer schmerzhaft, für die deutsche Volkswirtschaft aber schließlich heilsam sein.

Lebensmittelpreisabbau.

Die immer höher steigenden Lebensmittelpreise feiern heute den Triumph des Wahnsinnes. Die Folge davon sind die berechtigten Rufe nach höheren Gehältern in allen Kreisen des deutschen Volkes. Die in keinem Verhältnis zur Teuerung stehenden Teuerungszulagen fördern das Uebel der Preissteigerung; denn einer Lohnverhöhung für den Handwerker muß unbedingt die Preissteigerung beim Fabrikanten folgen. Der Arbeiter muß also wieder bezahlen bei Anschaffung von Kleidung oder sonst eines Gebrauchsartikels.

Die Ursache der jetzigen Teuerung liegt allein nur in der Art der Verteilung der rationierten Lebensmittel. Eine vielfach gewünschte Abschaffung der Lebensmittelrationierung darf nicht kommen, aber eine sofortige Erhöhung der Lebensmittelrationen kann und muß gefordert werden, wenn Interesse für einen Lebensmittelpreisabbau besteht. Was nützen uns die großen Lager von Lebensmitteln, die, wie während der ganzen Kriegszeit täglich in allen Zeitungen zu lesen war, dem Verderben ausgeliefert sind und nachgewiesenermaßen zentnerweise verderben sind. Sehr teure Inlandswaren und Nahrungsmitteleigenschaften wie Marmelade usw. sind dann der Natter in der Not.

Die starke Nachfrage nach dem fehlenden Lebensmitteln haben sich charakterlose Menschen zunutze gemacht, indem sie durch Schleichhandel und Schiebererei jedes verlangte Quantum der rationierten Artikel zu unerträglich hohen Preisen anbieten und auch Käufer fanden. Demgegenüber mußte der Minderbemittelte weite Strecken fahren und noch stundenweit marschieren, damit er sich für sein gutes Geld das zum Lebensunterhalt Notwendigste zusammenbetteln, welches ihm je nach Glück wieder abgenommen werden kann. Geld, Mühe und Verz sind dann fort und das Hungergelehd geht dann weiter; denn mit den Lebensmittelmarken-Artikeln konnten auch die Männer nicht aus, die immer vor den Nationen abschneiden.

Die bereits angeführten Resultate der Lohnverhöhungen und -streiks führen außerdem auch zu großen Gefahren. Das wird uns beispielsweise der Kohlemangel im kommenden Winter zu verstehen geben. Deshalb muß an Stelle der Lohnforderung der Lebensmittelpreisabbau verlangt werden. Dieser kann nur dann erzielt werden, wenn der Nachfrage durch wesentliche Erhöhung der Rationen geholfen wird. Schiebererei, Schleichhandel, Wucher und das mühselige Hamstern werden von selbst abnehmen.

Also heraus mit der neuen Ernte, die Lagerhäuser können teilweise zur Linderung der Wohnungsnot besser Verwendung finden als wieder zum Verderben der Waren. Heraus noch vor dem Winter, sonst wird die Ware beim Transport erstarren. Material ist genug im Lande, die Schleichhändler werden das beweisen. Rasches Handeln bedeutet einen großen Fortschritt in der deutschen Volkswirtschaft.

Das wäre somit mein Grundgedanke zu dem in allen Gewerkschaften viel besprochenen Preisabbau.

Christoph Wäsch, Nürnberg.

Lohnunterschiede in der Ludwigshafener Walzmühle.

Schon von Friedenszeiten her ist es bekannt, daß die Direktion der Ludwigshafener Walzmühle in rücksichtslosster Weise über die Interessen ihrer Arbeitgeber hinwegsetzt, wenn sie mit noch so berechtigten Lohnforderungen an die Firma herantreten. Bei allen derartigen Anlässen hat man es noch jedesmal verstanden, den Arbeitern die überaus große Notlage des Betriebes an die Wand zu malen, aber wenn am Jahresabschluß die Generalversammlung kommt, dann sehen die Arbeiter jedesmal den Millionenregen ihrer Handarbeit an die Aktionäre und 12 bis 15 Prozent Dividenden fließen jedesmal in die Taschen dieser darberden Menschen. Dieser Millionenregen hat aber auch während der ganzen Dauer des Krieges angehalten, obwohl nach Angabe der Direktion, die Geschäftslage für die Mühlen keine besonders günstige war. Die Direktion versteht es daher in vorzüglicher Weise die Interessen des Großkapitals zu wahren, aber für die Arbeiter hat man gar kein Herz. Der größte und leistungsfähigste Mühlenbetrieb der weitesten Umgebung hat sich immer zur Aufgabe gemacht, den Arbeitern wesentlich geringere Löhne zu bezahlen, als die anderen, zum Teil wesentlich kleinere Betriebe und bei allen Lohnbewegungen macht man den Arbeitern die größten Schwierigkeiten. Versuchen die Arbeiter einige Mark Lohnverhöhungen zu bekommen, so wird ihnen jedesmal mit dem Geßpernt der Arbeitslosigkeit gedroht und wenn sie von ihren Forderungen nicht ablassen, so wird dieses Geßpernt in die Tat umgesetzt, selbst, wenn sie nur 8 bis 10 Tage aussetzen müssen.

So hat man es im Januar gemacht, als die Arbeiter ebenfalls den Achtundzestag verlangten, der in den Mannheimer Mühlen schon im Dezember eingeführt wurde. Die Arbeiter mußten auch dort, um ihr Ziel zu erreichen, zum letzten Mittel greifen. Als im März d. J. die Verhandlungen zum Abschluß eines Kollektivvertrags in den Mannheimer Mühlen aufgenommen wurden und die Arbeiter der Walzmühle verlangten, daß sich auch die Walzmühle diesem anschließen möge, erklärte man den Leuten ebenfalls, daß die Walzmühle die Mannheimer Löhne nicht bezahlen könne, obwohl selbst auch diese den Verhältnissen entsprechend, sehr gering waren. So kam es, daß bei diesem Tarifvertrag die Stundenlöhne durchschnittlich 2 Prozent weniger betragen gegenüber den Mannheimer Mühlen; also diese 16 Pf. pro Tag und Arbeiter mußten in den Millionenenteile geleidet werden, anstatt sie den notleidenden Arbeitern zukommen zu lassen.

Die Mannheimer Mühlen gewährten diesen Sommer ihren Arbeitern sogenannte Entschuldungssummen und als die Arbeiter der Walzmühle diese ebenfalls verlangten, wurden sie kurzerhand abgewiesen, und eine Einigung konnte erst erzielt werden, als die Arbeiter die Arbeit verweigerten. Die Mannheimer Mühlen gewährten dann ferner ab 15. Juni, im Anbetracht der Teuerung und der

geringen Löhne Teuerungszulagen, und als die Arbeiter der Walzmühle diese ebenfalls mit derselben Begründung verlangten, wurden sie wieder abgewiesen. Anstatt der Not der Zeit Rechnung zu tragen, stützte sich die Direktion auf den Tarifvertrag und zirkulär 100 Arbeiter und Arbeiterinnen wurden, angeblich wegen Arbeitsmangel dafür auf die Straße gesetzt, obwohl man sehr wohl in der Lage gewesen wäre, ebenso wie die anderen Betriebe in Mannheim, die Leute mit Reinigungsarbeiten zu beschäftigen, denn an solchen fehlt es in der Walzmühle wahrlich nicht.

Die letzte Teuerungszulagenforderung kam zuletzt vor das Einigungsamt des Gewerbegerichts, aber leider nahm man dort ebenfalls mehr Rücksicht auf die Interessen des Kapitals und bergah dabei ganz die Notlage der Mühlenarbeiter. Ein Versuch zu einer Einigung über die geforderte Zulage wurde dort überhaupt nicht gemacht und die berechtigten Forderungen der Arbeiter wurden auch hier abgewiesen. Dieses führte zu großer Erbitterung bei den Arbeitern und sie legten deshalb am letzten Dienstag einmütig die Arbeit nieder. Die in diesem Betriebe vorhandenen Stundenlöhne betragen heute noch für gelernte Arbeiter durchschnittlich 1,85 Mk. und für ungelernete Arbeiter sogar nur 1,48 Mk. Jeder einsichtsvolle Mensch wird wohl zugeben müssen, daß die Arbeiter mit solchen geringen Löhnen bei dieser schrecklichen Teuerung nicht mehr auskommen können, aber bei der Direktion der Walzmühle ist jede Einsicht und Rücksicht zu den Hundstagen gegangen. Auf gütliche Weise ist mit dieser Direktion nichts anzufangen und deshalb waren die Arbeiter gezwungen, zum letzten Mittel, zum Streik zu greifen. Die Direktion glaubt mit solchen Löhnen andere Arbeiter zu bekommen, aber hierin wird sie sich wohl käuflich. Zugut ist deshalb fernzuhalten!

Der Direktion geht nun in der Öffentlichkeit damit freibrief, die Arbeiter seien kontraktbrüchig geworden. Dies trifft aber insofern nicht zu, weil im Tarifvertrag keine Kündigungspflicht vorhanden ist und deshalb das Arbeitsverhältnis jederzeit gelöst werden kann. Die Mühle hat ja schon wiederholt eine große Anzahl von Arbeitern entlassen, bzw. aussetzen lassen und erst in letzter Woche über 100. Es ist keinem Menschen eingefallen, dieses als Kontraktbruch hinzustellen, obwohl die gesamte Arbeiterschaft überzeugt war, daß in diesem Großbetrieb noch Arbeit vorhanden war, selbst wenn die Mühle einmal zirkulär 14 Tage oder gar 3 Wochen nichts zu mahlen hat, und daß diese Entlassungen lediglich Schikanen seitens der Direktion waren, um die Arbeiter ängstlich zu machen.

Herr Direktor Achmann ist eben noch derselbe Herrenmensch, der er vor der Revolution war, und er hat noch nicht begriffen, daß die Arbeiter das Mitbestimmungsrecht haben, ihre wirtschaftliche Lage derart zu gestalten, daß sie wenigstens neben der verlangten Arbeit auch unabhängig leben und wirklich existieren können. Die Arbeiterschaft wird es auf Grund ihres Zusammenhalts fertigbringen, diesen verwerflichen Herrenstandpunkt auch bei diesem großen Herrn noch zu brechen. Dieser Zusammenhalt ist deshalb in keinem Betriebe notwendiger als in der Walzmühle. Kollegen und Kolleginnen merkt dieses.

Die Lohnbewegung der Brauereiarbeiter in Oberbaden.

Unsere Bewegung in Oberbaden hat einen anderen Ausgang genommen, als sich die Unternehmer vorgestellt hatten. Am 30. Juli fand eine Unterhandlung mit einer Kommission der Brauereien statt, welche sich bereit erklärte, den Brauereien den Vorschlag zu machen, daß ab 1. Juli eine Zulage von 15 Mk. ausbezahlt werden solle. Darüber, ob und welche Mitglieder des Oberbadischen Brauereiverbandes diesem Vorschlag zugestimmt haben, erhielten wir keine Nachricht von seiten des neu installierten Syndikats Dr. Krümmelbein, und da, mit einer einzigen Ausnahme, auch nichts ausbezahlt wurde, wuchs natürlich der angehäufte Unmut über das Gebaren der oberbadischen Brauereien immer mehr an und in der Sinnerhallerer-Jahresversammlung in Freiburg wurde die umgehende Erfüllung der eingereichten Forderung verlangt. Die Kommission der Brauereien berief sich wieder auf das vorläufige Statut des Oberbadischen Brauereiverbandes, wonach erst eine Generalversammlung nach Ablauf einer Frist von 8 Tagen einberufen werden kann und der Verband überhaupt kein Recht habe, bindende Vereinbarungen für seine Mitglieder einzugehen. Die Brauereien außerhalb Freiburgs leisteten auch tatsächlich der Einladung keine Folge, weil sie glaubten, daß mit 15 Mk. Zulage der Sache Genüge geleistet sei.

So wurden vorerst nur die Verhandlungen mit dem Brauereien von Freiburg und Riegel aufgenommen, welche aber auch nur einen Lohnausgleich anboten. Das Resultat wurde von der Versammlung einstimmig abgelehnt und beschlossen, die Arbeit niederzulegen. Die Parole wurde glänzend durchgeführt und die nun sofort aufgenommenen Verhandlungen ließen erkennen, daß die Stimmung bei den Herren umgeschlagen hatte, obwohl Herr Direktor Brüggheimer tags vorher erklärte, daß es sein fehnlicher Wunsch sein, wenn er von den Arbeitern gezwungen würde, den Betrieb zu schließen. Auch das Verderben des Biers sei schon einkalkuliert. So war er doch sehr überrascht, daß auch bei ihm gestreift wurde. Nachdem sich nun durch Vereinheitlichung der Lohnklassen und eine weitere Zulage von 12 Mk. ab 1. Juli die Kollegen zufriedener gaben, wurde die Arbeit in Freiburg wieder aufgenommen.

Mit den Brauereien in Emmendingen, Laehr, Offenbürg, Waldkirch, Börsach und Walds- hüt mußten besondere Verhandlungen geführt werden. Das Ergebnis ist noch nicht vollständig, doch konnte in den meisten Orten eine Einigung auf der Freiburger Grundlage erzielt werden. Die Offenbürgener Kleinbrauereien lehnen bisher jedes Entgegenkommen ab. Diesen rücksichtlosen Herrschaften werden wir besonders aufpassen. Das vorläufige Ergebnis der Bewegung gestaltet sich folgendermaßen:

Ort	Anzahl der Brauereien	Lohnklassen		
		I	II	III
Freiburg (Niegel)	7	90	85	85
Lahr	1	99	85	85
Emmendingen	2	86	81	81
Offenburg (Armbrauser)	1	85	80	80
Lörrach	2	90	85	85
Waldbirch (Burgbräu)	1	86	81	81
Waldbshut	?	?	?	?

In die Lohnklasse I zählen alle Gelehrten, Maschinisten, Heizer und Kraftfahrer, in die Lohnklasse II die Hilfsarbeiter und Bierfahrer und in die Klasse III die Jugendlichen unter 17 Jahren.

Die Staatsbrauerei Rothaus hat noch keine Erklärung abgegeben, daß sie sich dieser Erklärung anschließt, was aber ohne weiteres erwartet wird. Somit haben wir bisher einen wesentlichen Fortschritt erzielt und mit den Landestarifverträgen gute Vorarbeiten geleistet. Die noch vorhandenen Widerstände können überwunden werden durch geschlossenes Auftreten. Besonders erfreulich ist es, daß unsere Zahlstellenverwaltungen und Vertrauensleute in Oberbaden auf der Höhe der Zeit stehen und auch selbständig zu arbeiten und zu handeln wissen.

Der Bund der badischen Kleinbrauer, der auch besonders in Oberbaden und im Schwarzwald vertreten ist und dem auch noch die Offenburg Kleinbrauer extra als Mitglieder angehören, ist von seinem ursprünglichen Vorhaben, einen Tarifvertrag abzuschließen, wieder abgekommen, da der alte Kopf, der in den Kreisen der Kleinbrauereien herrscht, wieder überhand nimmt. Die Zeit ist vorüber, wo man durch Lohn- und Bierpreissenkung Konkurrenz machen kann.

Darum, Kollegen in den badischen Kleinbrauereien, stärkt die Organisation, dann werden auch die alten Zustände verschwinden und ihr den übrigen Kollegen im Lande gleichgestellt werden. S. Pils.

Bewegungen im Berufe.

Brauereien, Bierneidertagen.

† Freiburg i. Baden. Unsere Lohnbewegung, die ich schon seit dem 1. Juli hingog, ist nun am Freitag, den 29. August, mit einem schönen Erfolg, beendet worden. Die Teuerungszulagen wurden für alle Kategorien um 25 Mk. pro Woche, rückwirkend ab 1. Juli, erhöht. Die Verschleppungstaktik und ablehnende Haltung des oberbadischen Brauereiarbeiterverbandes hat die Brauereiarbeiter von Freiburg und Umgegend aus ihrer alten Lethargie herausgerissen. Enttäuscht über die Haltung der Brauereibesitzer bei der Verhandlung am Donnerstag, den 28. August, beschloßen die Kollegen in einer am gleichen Abend überaus gut besuchten Versammlung einstimmig, am nächsten Morgen die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Die nötigen Vorbereitungen wurden sofort getroffen und am Freitag, den 29. August, früh, wurde die Arbeit vollständig in allen Brauereien Freiburgs und Emmendingens. In Niegel, wo Aussicht auf Einigung bestand, blieben die Kollegen im Schankerei versammelt, bis der Arbeiterausschuß, der Verhandlungen aufgenommen hatte, nach 14tägigem Verhandeln ein zufriedenstellendes Resultat erzielte.

Im Laufe des Vormittags wurden auch in Freiburg die Verhandlungen wieder aufgenommen und oben genanntes Resultat erzielt. Um 2 Uhr nachmittags nahmen sämtliche Betriebe die Arbeit wieder auf.

Die Geschlossenheit der Kollegen hat diesen Erfolg gezeitigt, den diese in erster Linie der Initiative der im Verband organisierten Kollegen zu danken haben. Diese Bewegung wird aber auch für die Zukunft von großer Bedeutung für die Brauereiarbeiter Oberbadens sein. Sie wird die Lehre sein, nicht wieder in die alte Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit zurückzufallen, sondern auch jeder einzige hat sich am Ausbau der Organisation zu beteiligen, durch regere Versammlungsbewegung das Interesse an der Sache hochzuhalten, Kollegialität und Solidarität zu pflegen, denn nur durch reifliche Erfüllung dieser Aufgaben sind wir für neue Kämpfe gewappnet. Darum auf zu neuer Arbeit.

† Schmiedefeld i. S. Wegen Nichtbewilligung ihrer berechtigten Forderungen waren die Brauereiarbeiter der hiesigen Brauerei am Donnerstag, den 21. August, in den Streik getreten. Die Lohnbewegung schwebt schon seit längerer Zeit und haben die in Frage kommenden Arbeiter so lange gewartet, bis die Lohnbewegung erst in Saalfeld zum Abschluß gebracht war. Die Brauerei von Schmiedefeld ist vom bürgerlichen Brauhaus in Saalfeld künstlich erworben worden. Da die Angelegenheit für Saalfeld inzwischen erledigt war, so nahmen nun unsere Kollegen von Schmiedefeld an, daß auch sie denselben Lohn bekommen würden, als die Kollegen in Saalfeld. Aber hier hatten sich unsere Kollegen gewaltig geirrt. Der Lohn für Saalfeld betrug für die gelehrten Brauer 80 Mk., für die ungelerneten und Bierfahrer 74 Mk. die Woche. Den Kollegen in Schmiedefeld bot man 64 und 70 Mk. pro Woche. Dieses lehnten unsere Kollegen einmütig ab und da keinerlei Anhalt gemacht wurde, die Wünsche unserer Kollegen zu erfüllen, traten sie einmütig in den Streik. Am Donnerstag früh waren unsere Kollegen in den Streik getreten und bereits am Freitag nachmittags fanden mit der Betriebsleitung Verhandlungen statt und wurden alle Forderungen der Arbeiter vollständig anerkannt. Sie erhalten ebenfalls denselben Lohn wie die Kollegen in Saalfeld. Alle übrigen Bestimmungen sind dieselben wie die im Saalfelder Tarifvertrag. Auf diesen Erfolg können die Kollegen besonders stolz sein, ist es doch der erste gewerkschaftliche Erfolg, der hier erzielt wurde. Aber daraus geht auch mit aller Deutlichkeit hervor, daß derartige Kämpfe nur durch eine geschlossene Arbeiterschaft geführt werden können. Darum rufen wir allen Brauerei- und Mühlenarbeitern zu: Organisiert Euch, vereint seid ihr nichts, vereintigt alles.

Malzfabriken.

† Mainz und Rung. Mit den Malzfabriken von Mainz und Umgebung wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der den in dieser Industrie beschäftigten Arbeitern Lohnzulagen von 35 bis 38 Mk. bringt. Der Wochenlohn beträgt nunmehr: für Mälzer, Maschinisten und Heizer 90 Mk., für

Hilfsarbeiter 84 Mk. Urlaub wird gewährt nach Beschäftigungsdauer 3 bis 6 Tage. Bei Krankheit wird 14 Tage die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn bezahlt. Tritt ein Reichsbar in Kraft, so ist dieser Vertrag seiner Gültigkeit enthoben.

Zu bemerken ist, daß nur die Malzfabriken in Merxheim, Hochheim, Ingelheim und Weisenau in Gang gesetzt sind und diese Löhne folglich auf dem Lande bezahlt werden.

Mühlen.

* Bremerhaven. Nach langen Verhandlungen ist es endlich gelungen, mit dem Verein der Mühlenwerke zu einem Tarifabschluß zu kommen. Nach einem dreitägigen Streik im Monat Juni erklärte Herr Sammann die Forderungen nur dann bewilligen zu können, wenn die Malzlöhne erhöht würden. Nachdem dieselben erhöht wurden, weigerte sich Herr D. trotz Schiedspruch vom Schlichtungsausschuß, die berechtigten Forderungen seiner Arbeiter zu bewilligen. Die Kollegen drohten erneut mit Arbeitsniederlegung; erst dann ließ sich Herr D. in neue Verhandlungen ein und bewilligte die Forderungen. Es erhalten Müller 100 Mk. und Hilfsarbeiter 95 Mk. pro Woche. Außerdem wurde die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld bis zu 14 Tagen und ein alljährlicher Urlaub bis zu 14 Tagen gewährt.

† Dittfurt bei Quedlinburg. Mit dem Mühlenbesitzer Schneider ist ein Vertrag wie in Quedlinburg abgeschlossen worden.

† Reinstedt bei Quedlinburg. Nach achttägigem Streik ist mit der Felsenmühle ein Vertrag zustande gekommen.

† Rudolfsadt. Die Lohnbewegung in der Kunstmühle von J. Engelhardt in Ammelstädt zeigt uns einmal wieder, wie es die Kollegen nicht machen dürfen, wenn sie auf vollen Erfolg hoffen, und wie nötig der Versammlungsbesuch ist.

Nachdem wir im Auftrag der dortigen Kollegen durch den Kollegen Stiehler, Erfurt, die aufgestellten Forderungen eingereicht hatten, trat Herr E. an seine Leute mit Lohnaufbesserungen heran, wie dies ja stets gemacht wird, um sich evtl. den Verband fernhalten zu können. Leider sind die Kollegen darauf eingegangen, trotzdem sie von uns darauf aufmerksam gemacht worden waren, sich nicht in private Verhandlungen einzulassen. Wir standen nun bei der Verhandlung mit Herrn E. vor der vollendeten Tatsache, daß derselbe sich bereits mit seinen Leuten geeinigt hatte und hierdurch der Abschluß eines Tarifvertrages unmöglich wurde. Kollegen! Das darf auf keinen Fall sein; denn man sich einmal entschlossen hat, seine Interessen durch die zuständige Organisation vertreten zu lassen, dann muß man von privaten Verhandlungen die Finger weglassen, auch wenn man glaubt, daß der Besitzer etwas schwächenommen wird. Die Organisation weiß schon, wie weit sie gehen kann und wird wohl noch kein Fall zu verzeichnen sein, daß eine Mühle bloß infolge Lohnforderungen eingegangen ist, wie dies ein Kollege in A. zu befürchten schien.

Die Zulagen, die Herr E. seinen Leuten nach Einreichung des Tarifes bewilligt hat, betragen 3-15 Mk. pro Woche, alles andere viel natürlich weg. Kollegen! Beherzigt in Zukunft, daß nur durch den Abschluß von Tarifen eure wirtschaftliche Lage dauernd verbessert werden kann und muß deshalb unser ganzes Streben darauf gerichtet sein, auch im Mühlengewerbe immer mehr abzuschließen, denn nur so können wir uns den nötigen Einfluß verschaffen und uns sichern.

† Siegen. Die Lohnbewegung der Mühlenarbeiter in Eijerfeld und Freusburg bei Siegen ist nach einer schwierigen Verhandlung zu einem annehmbaren Resultat zum Abschluß gelangt. Wenn auch nicht alles herausgeholt worden ist, was wir gefordert haben, so waren die großen Differenzen, die innerhalb der Löhne und der Arbeitszeit bestanden und die der Kommission die Arbeit erschwerten, mit daran Schuld. Bestand ja noch in einem Betrieb die 10stündige Arbeitszeit bei einem Lohn von 60 Mk. die Woche.

Mit dem neuen Vertrag ist nun allgemein die achtstündige Arbeitszeit eingeführt worden. Die Löhne erhöhen sich für ungelernete Arbeiter, einschließlich der Absacker und Kutscher, auf 92,50 Mk., für Hilfsarbeiter 87,50 Mk. und für Jugendliche unter 18 Jahren 82,50 Mk. Frauen und Mädchen erhalten prozentual dieselbe Lohnerböhung wie die übrigen Arbeiter. Die Löhne werden ab 1. August nachbezahlt. Sonntagsarbeit wird durch den festgesetzten Ueberstundenlohn bezahlt, währenddem früher nichts vergütet wurde. Ueberstunden werden wochentags mit 2,20 Mk., Sonntags mit 2,40 Mk. vergütet. Pferdebestreuer wird pro Tag mit 2 Mk. bezahlt. Besondere Vergünstigungen die bisher gewährt wurden, bleiben bestehen. Neueingeführt ist der Urlaub, welcher bis zu 7 Tagen gewährt wird; ferner wird die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld auf 14 Tage bezahlt, sofern der Arbeiter 17 Tage krank ist.

Im großen und ganzen ist ein ziemlicher Vorteil für die Arbeiter herausgeholt worden, wenn man bedenkt, daß ein großer Teil der Kollegen eine Lohnerböhung bis zu 32,50 Mk. erhalten haben. Nur durch eine geschlossene Organisation ist etwas zu erreichen, und das werden die Kollegen nun eingesehen haben. Der Grundstock ist nun fertig und die Kollegen können auf denselben weiter bauen.

Die Christlichen werden hoffentlich in Zukunft bei den Mühlenarbeitern abgewirtschaftet haben.

Mögen die Brauereiarbeiter im Siegerland dem Beispiel der Mühlenarbeiter folgen und sich nicht durch Organisationszersplitterung einfangen lassen, denn sie schädigen sich selbst, was ja bei der letzten Lohnbewegung der Brauereiarbeiter festgestellt worden ist.

Korrespondenzen.

Lübbecke. Am 26. August fand unsere gut besuchte Versammlung statt. Es wurde die Aufstellung des Tarifvertrages für die Brennerlei Niedersadt vorgenommen und Kollege Supper beauftragt, die Forderungen umgehend einzureichen und für möglichst rasche Durchführung zu sorgen. Die Lohnverhältnisse in diesem Betrieb liegen noch sehr im argen, beträgt doch der Lohn im Durchschnitt noch 30 Mk.

pro Woche. Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. Wodurch defizierte Kollege Supper über den Verbandstag. Er führte aus, daß ab 1. Oktober die neuen Statuten in Kraft treten und dann auch die höheren Beiträge zu leisten sind. Die Kassen des Verbandes sind gute Finanzen, schon mancher Kampf wurde vermieden, wenn das Unternehmertum wachte, daß es mit einer gut finanzierten Gewerkschaft zu tun hatte. Weiter wies Redner noch auf die sonstigen statutarischen Änderungen hin, die mit dem neuen Statut für die Verbandsmitglieder maßgebend sind. Eine neue Einrichtung hat der Verbandstag durch Schaffung eines Verbandsrates getroffen. Dadurch, daß dieser in wichtigen Fragen dem Verbandsvorstand zur Seite steht, ist die Leitung des Verbandes auf eine breitere demokratische Grundlage gestellt. Aufgabe des Verbandsrates wird es sein, diese Grundlage noch auszubauen und dem nächsten Verbandstag entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Jeder Kollege hat aber die Pflicht, durch Beteiligung an der Wahl auf die Zusammensetzung des Verbandsrates einzuwirken.

Wanne. In der Versammlung am 24. August gedachte eingangs der zweite Vorsitzende des abgelaufenen 1. Vorjahres, Kollegen Simon Neubach. Die Zahlstelle Wanne bezieht in Kollegen Neubach ihren tüchtigsten Mitarbeiter.

Gerügt wurde, daß es immer noch Arbeiter gibt, welche außer ihrer regelmäßigen Schicht noch Nebenarbeiten verrichten. Es sollte diesen Leuten mehr auf die Finger gesehen und sie eventuell zur Anzeige gebracht werden. Zum Verbandsbeitrag wurden Kollege Drilling und Kollege Supper als Ersatzmann aufgestellt. Die Kollegen wurden ermahnt, sich an der Wahl zu beteiligen, damit es nicht wieder ginge wie zum Verbandstag, wo Esen bei 325 Mitgliedern mehr Stimmen aufbrachte als Bodum mit 780.

Hierauf hielt Arbeitersekretär Auberstraße-Bodum einen Vortrag über Steuerveranlagung. Er schilderte zunächst, wie durch die Personenstandsaufnahme am 1. Oktober der erste Schritt zur Veranlagung getan werde. Auf welche Weise man billiger wegkomme trotz gleichem Lohn und Arbeitsort. Die Kinderprämie, die Frankreich bezahle, sei schon vorher im preussischen Steuergesetz als Kinderprivileg vorgesehen, indem bei 2 Kindern eine, bei 3 zwei, bei 5 drei Stufen usw. nachgelassen würden. Besonders wies er die anwesenden Kollegen an, bei Reklamationen den Höchstsatz am Kleidergeld (440 Mk.) und die Verbandsbeiträge vom Einkommen abzusetzen. Bei Tausenden von Steuerreklamationen hätte er das mit Erfolg gemacht, weingleich sich der neue Finanzminister mit Händen und Füßen dagegen wehre. Ist jemand zu hoch eingeschätzt, dann hilft ein Einspruch nur, wenn die Differenz ein Fünftel der ganzen Lohnsumme beträgt. Bei Selbst einschätzung soll keiner in den Fehler verfallen, nach dreimaliger Aufforderung die Einschätzung liegen zu lassen, da er dadurch alle Einspruchsrechte verliert. Besonders schwer falle es den Kriegsteilnehmern, weil sie kein ganzes Steuerjahr hinter sich hätten. Sie würden alle nach einem fingierten Satz eingeschätzt und könnten das nächste Jahr, wenn sie nicht so viel verdient hätten, Einspruch erheben.

Unter „Verständenes“ wurde ein Antrag eingebracht, den Hauptvorstand zu ersuchen, den jugendlichen im Zentralverband organisierten neben der Verbandszeitung die Arbeiterjugend zu liefern. Zur Begründung wurde angeführt, daß die christlichen Gewerkschaften ihre Vorbildung schon in den Soldaten- und Jünglingsvereinen erhielten. Dort wäre ein Geißelher als Präses, der über die gesamte geistige Kraft ein wachsam Auge halte, die geselligen Spiele beaufsichtige und den Gesang leite. Es wäre daher an den freien Gewerkschaften, ihre jugendlichen Mitglieder so bald als möglich mit den Ideen des Sozialismus vertraut zu machen, dessen Schrittmacher sie ja doch nun einmal sind.

Rundschau.

Aus Industrie und Beruf.

Durch Schleswig-Holstein. Verfolgt man heute die Tages- und Gewerkschaftspresse, so kann man zu der Auffassung kommen, als ob die Arbeiterschaft im allgemeinen vom dem wirtschaftlichen Verhältnissen und Zusammenhängen wenig oder gar kein Verständnis habe. Das ist nicht richtig. Ich habe auf einer in den letzten Tagen stattgefundenen Versammlungstour durch Schleswig-Holstein in einer Reihe sehr gutbesuchter Versammlungen der Brauerei- und Mühlenarbeiter eine andere Auffassung bekommen. Meine in diesen Versammlungen dort gemachten Ausführungen basierten auf der Darlegung der gegenwärtigen Lage der deutschen Industrie mit besonderer Berücksichtigung der Brau- und Mühlenindustrie. Ich betonte dabei die Notwendigkeit des Mitwirkens der Arbeiterschaft am Wiederaufbau der deutschen Industrie, um dadurch die Vorbedingungen zur Vollbeschäftigung der deutschen Industriearbeiter im eigenen Lande zu schaffen. Der Verlauf gerade dieser Versammlungen hat mich wie noch nie befriedigt. Eine Ruhe und Aufmerksamkeit während meiner Ausführungen, wie in diesen Versammlungen, habe ich während meines mehr als 20jährigen öffentlichen Auftretens noch nie und nirgendwo gefunden.

Die Diskussion über die Ausführungen war in allen Versammlungen kurz, aber studienvoll. Mit keinem Worte wurde versucht, die Ausführungen zu widerlegen. Alle Redner brachten in der Diskussion den Ernst der Gegenwart und der Zukunft zum Ausdruck. Es wurde von den Diskussionsrednern mit besonderem Nachdruck betont, daß nur die Gemeinschaftsarbeit auf dem Gebiet des Wiederaufbaues unserer Industrie uns retten könne, die Beteiligung des Verbandes an der Arbeitgemeinschaft nur ein Akt der Klugheit gewesen und im Interesse der Gesamtmitgliedschaft zu begründen sei. Es kam aber andererseits auch zum Ausdruck, daß die Arbeitgemeinschaft für die Brauerei- und Mühlenarbeiter in Wirklichkeit nichts Neues darstellt, sondern daß nach dieser Richtung schon längst, wenn auch ohne eine besondere Organisation hierzu, gegenseitig zusammengearbeitet worden sei. Die Ursache dieses tiefen Verständnisses unserer Kollegen in wirtschaftlichen Dingen liegt vor allem in der jahrelangen Aufklärung- und Bildungsarbeit unserer Organisation. Es ist ganz besonders heute in der Tat ein

erhebendes Gefühl, zu sehen, daß unsere früher geleistete Kleinarbeit so gute Früchte zeitigt. Eine Industrie, die über einen Stamm solchen Arbeiter mit so klarem Blick für die Zukunft verfügt, braucht trotz aller Erschwernisse, die sich zurzeit dem Wirtschaftsleben entgegenstellen, nicht zu bangen.

Die Vereinigung Süddeutscher Malzfabriken beschloß sich in der 15. Hauptversammlung, die vom 8. September ab in Heidelberg tagte, unter Punkt 4 der Tagesordnung mit: „Wirtschafts- und sozialpolitischer Organisation in der deutschen Industrie. Aussprache hierüber in bezug auf die Malzindustrie“. Dieser Punkt bezieht sich auf die Arbeitsgemeinschaft. Ein Bericht darüber konnte noch nicht veröffentlicht sein.

Der Rheinisch-westfälische Brau- und Malzmeisterverschein, Sitz Essen, hat zum 14. September eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, die als Punkt 3 der Tagesordnung den „Bericht über den Stand der Tarifangelegenheit“ entgegennimmt. — Beiden der Zeit.

Reichsgetreidestelle und Mühlen. Die Reichsgetreidestelle hat die Lagergebühren für das neue Wirtschaftsjahr auf 8 Mk. für die Tonne festgesetzt. In dieser Vergütung sind die Entschädigung für alle mit der Einlagerung, Auslagerung und Verladung verbundenen Mühen und Kosten, ferner die Kosten für die Versicherung und für die Verarbeitung der Früchte, die Entschädigung für etwaige Gewichtsverluste sowie auch die Warenumsatzsteuer enthalten.

Die Sachleihgebühren werden für das Wirtschaftsjahr 1919/20 erhöht. Sie betragen 50 Pf. für den Doppelpentner, bei Hafer und Spelz 70 Pf. für den Doppelpentner.

Den Getreidelieferern gegenüber ist eine Mängelrüge wegen Feuchtigkeit nur begründet, soweit das vor dem 16. August zur Verladung gebrachte Getreide 19 Proz., das vom 16. August bis zum 1. Oktober zur Verladung gebrachte Getreide 18 Proz., das vom 1. Oktober 1919 ab verladene Getreide 17 Proz. Feuchtigkeit übersteigt. Um die Mühlen vor Schäden durch Anwendung der vorerwähnten Ausführungsbestimmungen zu bewahren, hat die Reichsgetreidestelle sich entschlossen, den Mühlen eine Vergütung von 3 Mk. für die Tonne für alles Getreide aus der Ernte 1919 zu zahlen, das vor dem 1. Oktober 1919 verladen ist.

Malzverbrauch und Bierzeugung im norddeutschen Brauereigebiet im ersten Vierteljahr des Rechnungsjahrs 1919. Der Malzverbrauch betrug 148.275 Doppelpentner. Dazu kamen 2192 Doppelpentner anderes Gerstenmalz und 6962 Doppelpentner Zuckerrüben. Die Bierzeugung betrug 5.480.494 Hektoliter. Das norddeutsche Brauereigebiet umfaßt seit 1. April 1919 auch Württemberg. Nur Bayern und Baden sind in den Ziffern nicht enthalten.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Mitgliederzunahme in den Gewerkschaften. Der Landarbeiterverband zählt 350.000 Mitglieder.

Th. Leipart, der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, ist Arbeitsminister in Württemberg geworden, an Stelle von Schlöde, Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes, der vor längerer Zeit ins Reichsarbeitsministerium berufen wurde.

Abstimmung betr. Verschmelzung im Glaserverband. Abgestimmt haben 3795 Mitglieder, 822 enthielten sich der Abstimmung. Es stimmt für den Anschluß an den Bauarbeiterverband 123, an den Holzarbeiterverband 1307, für Fortbestehen des Verbandes 1439, ungültig 14. Demnach ist die Zweidrittelmehrheit für Verschmelzung nicht erreicht, folglich bleibt der Verband bestehen.

Volkswirtschaftliches, Soziales.

Der Lebensunterhalt und die hohen Löhne. Der Bund angelegter Chemiker und Ingenieure hat die Kosten des Lebensunterhaltes in Groß-Berlin für eine vierköpfige Familie eingehend untersucht. Die Ergebnisse sind auch für das Reich lehrreich, da die Löhne dort, abgesehen von den großen, in dieser Beziehung mit Berlin auf einer Stufe stehenden Städten, entsprechend niedriger sind und darum das Endresultat überall das gleiche ist. Zur Untersuchung ist der „Sozialen Praxis“ (1919 Nr. 43) zufolge, ein kleiner Haushalt von zwei Erwachsenen und zwei kleinen Kindern in einer Zweizimmerwohnung im Hinterhause gewählt worden. Berechnet sind nur die allernotwendigsten Lebensbedürfnisse unter Berücksichtigung auf rationierte oder freigegebene Lebensmittel unter Vermutung der teuren Schleichhandelswaren. Es sind keinerlei Ausgaben für Bekleidung oder Bewohnung vorgesehen, keine Auswendungen für Vergnügungen, keinerlei Rücklage für Krankheit oder Alter. Trotzdem stellt sich der monatliche Lebensunterhalt auf 478 Mk. im Monat. „Es versteht sich“, heißt es dann, „daß ein Leben mit obigen Einschränkungen nur bei voller Gesundheit der Familie und Arbeitsfähigkeit von Mann und Frau durchgeführt werden kann, und auch dann nicht für die Dauer, sondern nur für kurze Zeit.“ Diese Untersuchungen beweisen uns auf das deutlichste, daß die sogenannten hohen Löhne nicht zu hoch sind, daß sie im Gegenteil dringend verlangen, daß die Lebenshaltung familiärerweise noch bedeutend mehr beschränkt wird!

Das tägliche Arbeitslohn. Die Gesetzesvorlage für die Arbeitsbedingungen in England ist nunmehr bekanntgegeben. Sie enthält eine Regelung der Mindestlöhne für alle Arbeiter über 15 Jahre. Diese Mindestlöhne sollen wenigstens den gegenwärtigen Löhnen aller Arbeiter über 18 Jahre gleich werden. Der zweite Paragraph bestimmt eine allgemeine Arbeitswoche von 48 Stunden. Inanspruchnahmen für eine Verlängerung oder Verkürzung der Arbeitszeit werden von dem Minister des Innern festgesetzt. Ein weiterer Paragraph erlaubt eine Kommission zur Prüfung der Mindestlöhne. Dieser Ausschuss wird entscheiden, welche Mindestlöhne notwendig sind. Bei den verschiedenen Bezirken sollen vor allem die allgemeinen Lebensverhältnisse in Betracht gezogen werden. Weiter wird eine Kommission über die Durchführungsverfahren dieser Mindestlöhne und über mögliche Forderungen, die von dem Umständen herorgeleitet werden könnten, berufen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbands-Zeitung“: Berlin O. 27, Schilderstraße 61V, Fernsprecher: Amt Köpenick 275.

Diese Woche ist der 37. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Genehmigte Lokalbeiträge

für die Zahlstellen Görlitz und Freiburg in Baden auf 10 Pf. pro Woche.

Damit sind die erhöhten Beiträge Pflichtbeiträge für die Mitglieder der Zahlstelle geworden.

Der Verbandsvorstand.

Gestorbene Mitglieder

vom 1. bis 31. August 1919.

(Das an die Hinterbliebenen laut Statut ausgezahlte Sterbegeld ist in Klammern beigefügt.)

Bremen: Meyer, 47 Jahre (108 Mk.). Hannover: Kubatsch, 65 Jahre (126 Mk.). Breslau: Polster, 55 Jahre (66 Mk.). Karlsruhe: Seyfried, 65 Jahre (126 Mk.). Klauen i. B.: Fränkel, 46 Jahre (102 Mk.). Hannover: Jörster, 58 Jahre (126 Mk.). Stettin: Borchart, 48 Jahre (126 Mk.). Celle: Hornow, 29 Jahre (78 Mk.). München: Muer, 48 Jahre (90 Mk.); Waldau, 53 Jahre (119 Mk.). Kassel: Siefert, 64 Jahre (64 Mk.). Köln: Schell, 61 Jahre (105 Mk.). Halle: Neubauer, 39 Jahre (50 Mk.); Maier, 31 Jahre (70 Mk.). Hamburg: Kowalski, 50 Jahre (66 Mk.). Worms: Niemen-schneider, 43 Jahre (108 Mk.). Leipzig: Ruhl, 62 Jahre (77 Mk.). Frankfurt a. M.: Reisinger, 41 Jahre (119 Mk.). Greifswald: Stümann, 38 Jahre (108 Mk.). Halle: Scheibe, 53 Jahre (200 Mk.). Leipzig: Behmert, 58 Jahre (164 Mk.); John, 62 Jahre (108 Mk.); Berthold, 59 Jahre (108 Mk.). Remel: Wundel-bot, 63 Jahre (84 Mk.). Berlin: Raigorsh, 58 Jahre (108 Mk.).

Ausbezahltes Sterbegeld an die Mitglieder beim Tode der Ehefrau:

München: Winkler (42 Mk.). Mainz: Göh (28 Mk.); Bauer (18,50 Mk.). Bremen: Luffig (24 Mk.). Darmstadt: Kauschelbad (30,50 Mk.). Frankfurt a. M.: Schüller (33 Mk.). Essen: Gendel (42 Mk.). Mainz Jöh (30,50 Mk.). Essen: Endrulat (42 Mk.). Lübz: Frühlings (24 Mk.). Berlin: Schmidt (42 Mk.). Mainz: Eifert (28 Mk.). Hannover: Affelmeyer (36 Mk.). München: Gähle (42 Mk.). Dresden: Schäfer (30 Mk.). Mannheim: Schumm (37,50 Mk.). Breslau: Müller (30,50 Mk.); Dähle (26 Mk.).

Eingänge der Hauptkasse

vom 1. bis 7. September.

Remel 157,83; Nürnberg 2,70; Cassel 3,—; Schönebeck 4,50; Gorkau 5,—; Dresden 6,50; Langensalza 295,70; Köslin 500,—; Garburg 500,—; Jena 200,—; Berlin 18,—; Gießen 3,—; Magdeburg 25,20; Langensalza 146,34; Jßhoe 313,60; Breslau 523,51; Coblenz 1589,69; Heßen 210,—; Kuhlbad 1000,—; Mühlhausen i. Th. 500,— Mk.

Die Abrechnung vom 2. Quartal haben eingefandt: Langensalza, Jßhoe, Coblenz.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Braunschweig. Es wird gebeten, die Adresse des Brauers Bruno Gärner sofort der unterzeichneten Zahlstelle mitzuteilen. Sein Verhandelsbuch Nr. 147 189 ist hier in der Zahlstelle. Er wird verjungen, sich ein Duplikat ausstellen zu lassen.

Dresden. Die Zahlstelle Dresden hat auf den Namen Bruno Winkler Nr. 83292 ein Postkassenkonto beim Postfachamt in Leipzig eröffnet. Unsere Einzelmitglieder und auswärtigen Vertrauensleute werden ersucht, Einzahlungen nicht mehr per Anweisung, sondern per Zahlkarte zu bewirken. Die auswärtigen Vertrauensleute, welche jetzt vierteljährlich abrechneten, wollen in Zukunft überprüfliche Gelder allmonatlich einfinden. Wir bitten dies zu beachten, da dadurch eine ganze Menge Porto erspart wird.

Die Wahl zum Verbandsbeirat findet in Dresden und Vororten Sonntag, den 14. d. M., von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 3 Uhr statt. Die Wahllokale sind den Kollegen besonders bekanntgegeben worden.

Juchae. Kassierer: J. Dein, Hermannstr. 23. Tilfit. Vorsitzender: Franz Schlegelberger, Tilfit, Preußen.

Worms. Vorsitzender: K. Marckert, Gemerbeschulstr. 27. Zweibrücken. Vorsitzender: Hermann Band, Mülcherstraße 6. Kassierer: Gg. Scherer, Hauptstr. 54.

Veranstaltungsanzeigen.

Sonnabend, den 13. September.

Plantenburg. 8 Uhr: Restaurant „Vormwärts“. Dessau. 6 Uhr: „Tivoli“. Eilenburg. 8 Uhr: Gewerkschaftshaus. Eisenach. 8 1/2 Uhr: „Zum Engel“. Erlangen. 7 1/2 Uhr: „Im grauen Wolf“. Göttingen. 8 Uhr: Kaiserhalle. Riegnitz. 7 1/2 Uhr: „Gewerkschaftshaus“. Künden. 6 Uhr bei Kafe, Königstraße. Mühlhausen i. Th. 8 Uhr: „Burgställe“. Neubrandenburg. 8 Uhr: Gesellschaftshaus. Eisenach. 6 1/2 Uhr: bei Schöneberg, Donnerichmee. Rühndel. 7 Uhr: „Cambrinus“. Wittenberge. Lokal nahe, Wilhelmstr. 4.

Sonntag, den 14. September.

Scherkeleben. 3 Uhr: „Goldenen Adler“, Hinter den Zoll. Bamberg. Vorm. 10 Uhr: Röth, Schillerplatz. Bernburg. 3 1/2 Uhr: „Gewerkschaftshaus“. Sielesfeld. Vorm. 9 Uhr: „Eisenhütte“, Marktstr. 8. Gries. Bei Reichelt, Eppelner Straße. Töbeln. 3 Uhr: „Muders-Terrasse“. Fürstewald. 9 Uhr vormittags: „Volksgarten“, Windmühlentstraße. Freiburg i. Schl. 3 Uhr: „Gasthof zum Buchwald“.

Gernrode. 8 Uhr: „Stadtparl“. Graßleben. 3 Uhr: „Cambrinus“. Halberstadt. Vorm. 10 Uhr: „Gewerkschaftshaus“. Jüterburg. „Evangelisches Vereinshaus“, Luisenstr. 5. Jena. 4 Uhr: „Feldschlösschen“, Grobheringen. Kaiserlautern. 2 Uhr: bei Gries, Meeßtr. 11. Krefeld. 3 Uhr: „Volkshaus“. Lindau. 2 Uhr: „Engelgarten“. Löwenberg i. Schl. Vorm. 10 Uhr: „Lindenhalle“. Lübeck. 3 Uhr: bei Bohne. Münster i. W. Vormittags 10 Uhr: Lokal Unkel, Breite Gasse. Neubrandenburg. 3 Uhr: bei Herzog. Ratibor. Vormittags 10 Uhr: „Volkshaus Weg“, rotes Zimmer. Reichenbach i. Schl. 3 Uhr: „Norddeutscher Hof“. Reutlingen. 2 Uhr: im „Schützen“, Pfullingen. Saarbrücken. 3 Uhr: „Schwalbe“, Reichstraße. Salungen. 2 Uhr: bei Hartleb, Waldschänke. Salzwedel. 7 Uhr: bei Köller, Mittelstraße. Siegen. 2 Uhr: Hotel Stangier, Beldorf, Viktoriastr. 16. Stolp i. P. 3 Uhr: bei Wangenheim, Mittelstraße. Tullingen. 2 Uhr: „Falken“. Traunkstein. Vorm. 10 Uhr. Netters-Lornesch. 4 Uhr: bei Sievers, Gr. Sand. Witten. 9 Uhr vormittags: bei Hohenborn, Langendreer, gegenüber Mäser.

Mittwoch, den 17. September.

Röbling. 7 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.

Briefkasten.

S. Polanski. Nicht klar und scheint auch ohne Bedeutung.

Rachruf.

Beim Baden in der Donau hat unser Kollege

Etto Köhner,

einer unserer besten Vertrauensleute, durch Ertrinken sein junges Leben lassen müssen. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Kollegen des Zweigvereins Laingen, Zahlstelle Augsburg.

Unserm Kollegen Hermann Rauke und seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen u. Kolleginnen der Bahnhofsbräuererei. Abt. N. C. Flaschenkeller.

Unserm Kollegen Wilhelm Schöber und seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die Kollegen der Zahlstelle Gräß i. Schl.

Unserem Kollegen Ernst Furfert und seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur überne Hochzeit am 31. August. Die Kollegen der Zahlstelle Grünberg i. Schl.

Unserem Kollegen Franz Greger nebst Frau und Kollegen Alois Rackerl nebst Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen des Zweigvereins Dillingen, Zahlstelle Augsburg.

Unserm scheidenden Bezirksleiter des 11. Bezirks (Breslau) Kollegen Max Unger für seine vielen Bemühungen recht vielen Dank und Lebenswohl. Die Kollegen der Zahlstelle Ratibor i. Schl.

Unserem Verbandskollegen, dem Brauer Alfons Burthardt und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit. Die Kollegen der Zahlstelle Schönebeck a. d. Elbe.

Junger verheirateter gelernter Brauer (25 Jahre alt, Schl.) sucht Stellung als Brauer od. Mälzer. Zeugnisabschriften liegen zur Verfügung. Angebote unter „Schl. 84“ an die Expedition dieser Zeitung.

Mein „Ideal“-Schuh ist der beste für Brauer.

Mit 2 Schnallen, glattes Leder à 23,— Mk., mit Leder besetzt und Kägeln à 25,— Mk., Bast- und Strohsohlen 1,— Mk., Röhhaarsohlen à 2,— Mk., Reparaturen werden bestens ausgeführt. Preisliste gratis. Heinrich Schäfer, Schuhfabrik, Danau a. M., Schirnstr. 5.

Mein „Ideal“-Schuh ist der beste für Brauer. Mit 2 Schnallen, glattes Leder à 23,— Mk., mit Leder besetzt und Kägeln à 25,— Mk., Bast- und Strohsohlen 1,— Mk., Röhhaarsohlen à 2,— Mk., Reparaturen werden bestens ausgeführt. Preisliste gratis. Heinrich Schäfer, Schuhfabrik, Danau a. M., Schirnstr. 5.

Frankfurter Aktien-Brauer zu Tariflohn sucht Frankfurt-Oder.

Unserm alten treuen Kollegen Jakob Siefert zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum in der Mainzer Aktien-Brauerei nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Zahlstelle Mainz.

Chemnitz.

Sonnabend, den 20. September, findet im Saale des Volkshauses unser

25. Stiftungsfest

statt, bestehend in Gesangs- und Instrumentalkonzert u. Ball. Anfang 5 Uhr. Ende 1/2 12 Uhr. Alle Mitglieder, besonders die auswärtigen, sind freundlichst eingeladen. Die Kontrollkarte berechtigt zum Einlass. Der Vorstand.

Wasserdichte Holzschuhe

in prima Rindleder. Verlangen Sie gef. Preisliste. Geschw. Berg, Dortmund Westendallee 110.

Beste wasserdichte Holzschuhe Preisliste gratis. Vertreter an allen Orten und größeren Brauereien gesucht. Kapital nicht nötig. Josef Urban, Cham, Bayern.

Brauerschuhe

Beste wasserdichte Holzschuhe Preisliste gratis. Vertreter an allen Orten und größeren Brauereien gesucht. Kapital nicht nötig. Josef Urban, Cham, Bayern.

Beste wasserdichte Holzschuhe Preisliste gratis. Vertreter an allen Orten und größeren Brauereien gesucht. Kapital nicht nötig. Josef Urban, Cham, Bayern.

Beste wasserdichte Holzschuhe Preisliste gratis. Vertreter an allen Orten und größeren Brauereien gesucht. Kapital nicht nötig. Josef Urban, Cham, Bayern.

Beste wasserdichte Holzschuhe Preisliste gratis. Vertreter an allen Orten und größeren Brauereien gesucht. Kapital nicht nötig. Josef Urban, Cham, Bayern.

Beste wasserdichte Holzschuhe Preisliste gratis. Vertreter an allen Orten und größeren Brauereien gesucht. Kapital nicht nötig. Josef Urban, Cham, Bayern.

Beste wasserdichte Holzschuhe Preisliste gratis. Vertreter an allen Orten und größeren Brauereien gesucht. Kapital nicht nötig. Josef Urban, Cham, Bayern.

Beste wasserdichte Holzschuhe Preisliste gratis. Vertreter an allen Orten und größeren Brauereien gesucht. Kapital nicht nötig. Josef Urban, Cham, Bayern.

Beste wasserdichte Holzschuhe Preisliste gratis. Vertreter an allen Orten und größeren Brauereien gesucht. Kapital nicht nötig. Josef Urban, Cham, Bayern.

Beste wasserdichte Holzschuhe Preisliste gratis. Vertreter an allen Orten und größeren Brauereien gesucht. Kapital nicht nötig. Josef Urban, Cham, Bayern.

Beste wasserdichte Holzschuhe Preisliste gratis. Vertreter an allen Orten und größeren Brauereien gesucht. Kapital nicht nötig. Josef Urban, Cham, Bayern.

Beste wasserdichte Holzschuhe Preisliste gratis. Vertreter an allen Orten und größeren Brauereien gesucht. Kapital nicht nötig. Josef Urban, Cham, Bayern.

Beste wasserdichte Holzschuhe Preisliste gratis. Vertreter an allen Orten und größeren Brauereien gesucht. Kapital nicht nötig. Josef Urban, Cham, Bayern.

Beste wasserdichte Holzschuhe Preisliste gratis. Vertreter an allen Orten und größeren Brauereien gesucht. Kapital nicht nötig. Josef Urban, Cham, Bayern.